

Workshops und Inhalte beim Jugendlandtag 2017

Nr.	Titel	Inhalte/Themen	Teilnehmende Abgeordnete
1	Bildung (Dieser Workshop wurde in leichter Sprache angeboten)	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Medienkompetenz von Lehrkräften und bessere Einbindung neuer Medien im Unterricht • Neue Konzeption des Fächerkanons: Politik mit größerem Anteil (v.a. tagesaktuelle Politik), abgetrennt vom Geschichtsunterricht • Bessere Betreuung im G8 • Bundesweite Vereinheitlichung des Schulsystems und der Lehrerausbildung. 	Gerhard Kleinböck (SPD); Reimund Haser (CDU); Rainer Balzer (AfD)
2	Europa / Außenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> • Berichterstattung über die EU soll intensiver und transparenter werden, um das „Image“ der EU in der Bevölkerung zu verbessern • EU-Staaten sollen bei den Themen Flüchtlingspolitik und Steuerflucht enger zusammenarbeiten. • EU-Beitritt der Türkei: Verschärfung der Sanktionen, aber kein Abbruch der EU-Beitrittsverhandlung (maximal deren Aussetzung), da sich das politische Klima in der Türkei nach einem Personenwechsel schnell ändern kann. • Generell sollen bei allen Entscheidungen der EU (auch im Konflikt mit der Türkei) das Wohl der Bevölkerung vor den Interessen/Konflikten einzelner Regierungen stehen. • EU-weit einheitliche Regelungen für Waffenexporte 	Joshua Frey (Grüne); Heiner Merz (AfD)
3	Flucht und Integration (Dieser Workshop wurde in leichter Sprache angeboten)	<ul style="list-style-type: none"> • Recht auf Arbeit/Ausbildung für junge Geflüchtete soll gestärkt werden • Verkürzung der Asylverfahren durch mehr Personal in den zuständigen Behörden. Hier sei der Mangel schon seit Jahren bekannt, es wurde aber nicht sichtbar gegengesteuert – warum? 	Beate Böhlen (Grüne); Lars Patrick Berg (AfD)

		<ul style="list-style-type: none"> • Integration muss neu gedacht werden: Sie ist keine Aufgabe von Expert*innen, sondern Aller in der Gesellschaft – dies muss durch Kommunikation des Landes deutlicher gemacht werden. • Es sollen mehr kulturelle Veranstaltungen gefördert werden, um das Wissen der Bevölkerung über andere Kulturen zu stärken – dies fördert den Abbau von Vorurteilen und stärkt die Toleranz 	
4	Jugendbeteiligung / Wahlalter	<ul style="list-style-type: none"> • Absenkung des Wahlalters auf Landesebene auf 16 Jahre, • Verbunden mit einem Ausbau der politischen Bildung an Schulen. Gemeinschaftskunde soll ab Klasse 5 unterrichtet werden, tagespolitische Themen sollen im Unterricht eingebunden werden. • Zu §41a GemO: landesweite Erhebung über Umsetzung. Wo/Wie gut funktioniert die Jugendbeteiligung vor Ort? • Vorschlag: Jugendbeauftragte in den Gemeinderäten benennen • Kritik an der großen Differenz zwischen der Jugendbeteiligung auf kommunaler und auf Landesebene. Auf kommunaler Ebene müssen Jugendliche beteiligt werden und dürfen ab 16 Jahren wählen, auf Landesebene beträgt das Wahlalter 18 Jahre und es besteht keine Verpflichtung zur Beteiligung. 	Dorothea Wehinger (Grüne); Christine Neumann-Martin (CDU); Stefan Herre (AfD)
5	Ländlicher Raum	<ul style="list-style-type: none"> • Ärztmangel: hier sind kreative Lösungen gefragt, z.B. Studienstipendien nach sächsischem Vorbild (<i>dort erhalten Medizinstudent*innen 1.000,-/Monat Förderung, wenn sie sich verpflichten, später für 6 Jahre als Landärzt*in tätig zu werden. AKr</i>) • Der Breitbandausbau ist essenziell für ländlichen Raum: mindestens 50 Mbit/s! Hohe Kosten dürfen dabei kein Argument sein • Die Förderung kleinerer Bauernhöfe und ökologischen Engagements von Landwirten soll verstärkt werden • Mobilität im ländlichen Raum muss auch für Schüler bezahlbar bleiben 	Thomas Marwein (Grüne); Udo Stein (AfD); Jürgen Keck (FDP)

6	Migration / Vielfältige Gesellschaft (Dieser Workshop wurde in leichter Sprache angeboten)	<ul style="list-style-type: none"> • Toleranz ist die Verantwortung aller Gesellschaftsmitglieder. <i>Vorschlag des LJR: landesweiter Jugendkongress zum Thema „Werte und Toleranz“</i> • Anti-Rassismuarbeit soll landesweit gestärkt werden. • Aufklärungsarbeit zu Fluchtursachen soll gestärkt werden – niemand flüchtet freiwillig! • Fluchtursachen müssen stärker bekämpft werden • Waffenexporte müssen deutlich reduziert werden 	Thomas Poreski (Grüne); Christina Baum (AfD)
7	Mobilität	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung des ÖPNV im ländlichen Raum – insbesondere bei frühen/späten Verbindungen • Ausbau der Fahrradwegen in den Städten und von Fahrradschnellwegen • Investitionen in die Forschung zu alternativen Mobilitätskonzepten • Angleichung der Bahnsteighöhen • Höhere Taktung des ÖPNV, ohne weitere Tarifierhöhungen, zur Stärkung des Umweltschutzes 	Hermino Katzenstein (Grüne); Hans Peter Stauch (AfD)
8	Populismus / Zukunft der Demokratie	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der politischen Bildung an Schulen – Trennung von Politik- und Geschichtsunterricht • Konsens: Parteiverbote sind im Umgang mit Populismus nicht sinnvoll • Populismus ist ein Ausdruck von Unzufriedenheit – hier müssen Ursachen bekämpft werden, nicht Symptome 	Daniel Renkonen (Grüne); Emil Sänze (AfD); Daniel Born (SPD)
9	Soziales Engagement / Ehrenamt	<ul style="list-style-type: none"> • Problem der Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf: Arbeitnehmer machen Minusstunden beim Arbeitgeber, um ehrenamtlich (z.B. bei Rettungsdiensten) zu helfen. – <i>Zusage der anwesenden MdL: wir informieren und uns geben Rückmeldung!</i> • Vereinbarkeit von Ehrenamt und Schule/Studium: durch G8 und die Bologna-Reform bleibt kaum mehr Zeit für ehrenamtliches Engagement. Soziales Engagement und schulische Leistungen treten dadurch in Konkurrenz zueinander – was hat den höheren Stellenwert? 	Stefanie Seemann (Grüne); Carola Wolle (AfD); Andreas Kenner (SPD)

10	Umwelt / Nachhaltigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Legalisierung des ‚Containerns‘ und ‚Bänderns‘* <i>*(‚Bändern‘ beschreibt die Praxis an Hochschulmensen, an der Geschirrrückgabe die Essensreste von den Tellern Anderer zu essen. Viele Mensen verbieten diese Praxis mit Verweis auf Hygienevorschriften. AKr)</i> • Stärkung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) an Schulen, z.B. durch gezielte Projektstage und/oder die Einbindung von NGOs zum Thema. • Vorgeschlagener Slogan: „Ver(sch)wendung“ 	Alexander Schoch (Grüne); Thomas Palka (AfD); Gabi Rolland (SPD)
----	--------------------------------	---	--

Kommuniqué des Jugendlandtags von Baden-Württemberg

– Austausch wird fortgesetzt –



Von Januar bis Oktober 2017 fanden landesweit 23 regionale Jugendkonferenzen statt, deren Ergebnisse im Jugendlandtag vom 7. bis 8. November 2017 gebündelt und weiter bearbeitet wurden. Dabei diskutierten Jugendliche aus ganz Baden-Württemberg mit Abgeordneten des Landtags sowie bei den Jugendkonferenzen auch mit Landkreis- und Kommunalpolitikerinnen und -politikern über ihre Anliegen, Perspektiven und Meinungen.

Die dabei angestoßenen Prozesse sollen durch folgende Punkte in den kommenden Monaten weiter verfolgt werden:

- Die Ergebnisse des Jugendlandtags sollen auf der Homepage des Landtages dokumentiert werden.
- Beschlüsse des Landtags und seiner Gremien zu Themen des Jugendlandtags sollen ebenfalls auf der Homepage des Landtages eingestellt werden.
- Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendlandtags sollen zu Plenarsitzungen, in denen Ergebnisse des Jugendlandtags beraten werden, eingeladen werden, um die Debatte live vor Ort verfolgen zu können.
- Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags soll, nach Rücksprache und in Abstimmung mit den Landtagsfraktionen, die Möglichkeit gegeben werden, an Austauschtreffen – zum Beispiel vor oder im Anschluss an Ausschusssitzungen, bei denen Teile der Ergebnisse des Jugendlandtags beraten wurden – mit Mitgliedern der Gremien ins Gespräch zu kommen.
- Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendlandtags sollen zu einer Veranstaltung „Jugend hakt nach“ im Herbst 2018 eingeladen werden.
- Geplant werden sollen außerdem Vor-Ort-Treffen zwischen Landtagspräsidentin Aras und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der regionalen Jugendkonferenzen. In diesen Veranstaltungen sollen Vertreterinnen und Vertreter des Jugendlandtags die Möglichkeit erhalten, die Ergebnisse des Jugendlandtags gegenüber der Landespolitik zu vertreten und einen Eindruck von der Arbeitsweise des Landtags zu gewinnen.

Stuttgart, den 8. November 2017

Für den Landtag von Baden-Württemberg:

Frau Muhterem Aras MdL, Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg

Für den Jugendlandtag 2017:

Frau Kerstin Sommer, Vorsitzende des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V.

Herr Lothar Frick, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Ring politischer Jugend Baden-Württemberg

Vertreterinnen und Vertreter der Workshops